

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

228 (17.5.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Verlagspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 425. In den übrigen Orten durch den Postboten Nr. 1.10. (In der Schweiz durch den Postboten Nr. 4.70 ohne Postgebühren.)
Fernsprecher Nr. 535

Anzeigenpreis: Die achte Spaltenzeile 25 M.; 10 Spalten 30 M.; 12 Spalten 35 M.; 14 Spalten 40 M.; 16 Spalten 45 M.; 18 Spalten 50 M.; 20 Spalten 55 M.; 22 Spalten 60 M.; 24 Spalten 65 M.; 26 Spalten 70 M.; 28 Spalten 75 M.; 30 Spalten 80 M.; 32 Spalten 85 M.; 34 Spalten 90 M.; 36 Spalten 95 M.; 38 Spalten 100 M.; 40 Spalten 105 M.; 42 Spalten 110 M.; 44 Spalten 115 M.; 46 Spalten 120 M.; 48 Spalten 125 M.; 50 Spalten 130 M.; 52 Spalten 135 M.; 54 Spalten 140 M.; 56 Spalten 145 M.; 58 Spalten 150 M.; 60 Spalten 155 M.; 62 Spalten 160 M.; 64 Spalten 165 M.; 66 Spalten 170 M.; 68 Spalten 175 M.; 70 Spalten 180 M.; 72 Spalten 185 M.; 74 Spalten 190 M.; 76 Spalten 195 M.; 78 Spalten 200 M.; 80 Spalten 205 M.; 82 Spalten 210 M.; 84 Spalten 215 M.; 86 Spalten 220 M.; 88 Spalten 225 M.; 90 Spalten 230 M.; 92 Spalten 235 M.; 94 Spalten 240 M.; 96 Spalten 245 M.; 98 Spalten 250 M.; 100 Spalten 255 M.

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Redaktionen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Der Krieg zur See.

Ueber 25 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 16. Mai. (W.T.B. Amtlich.) Unsere Mittelmeerunterseeboote vernichteten über 25 000 T. R.-T. feindlichen Schiffsraums. Den Hauptanteil an diesem Erfolge hatte das von Kapitänleutnant Warschall besetzte Unterseeboot. Die englischen beladenen Dampfer „Aut Sang“ (4894 T. R.-T.) und „Comway“ (4003 T. R.-T.) wurden aus gesicherter Geleitzug herausgeschossen. Der ganz neue mit zwei Dieselmotoren versehene amerikanische Miniertorpedor „City of Beniccola“ (705 T. R.-T.) wurde durch Sprengpatronen versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 16. Mai. (W.T.B.) Wie der Unterseebootschef seinen feindlichen Erwerbseinsatz verhöhen, dafür liegt folgender Bericht über die deutsche Industrie Englands als Beleg. Der Markt stagniert seit Jahresbeginn vollkommen. In normalen Zeiten würde man mit Beginn des Frühjahrs ein großes Geschäft in Dingen gemacht haben, doch sind diesmal einige Artikel, z. B. Ammoniumsulfat, kaum aufzutreiben. Die Ausfuhr ist gleich Null, die Einfuhr durch die Schiffschaumotoren sehr behindert. In Florida (Vereinigte Staaten) folgte dem Superphosphat auf Hilfe aus den Vereinigten Staaten ist nicht zu erwarten, da die Regierung aus Mangel an Schiffen nur Mittel herausläßt, die für die Kriegführung unerlässlich sind. Kaifisch für technische Zwecke war im März etwas leichter zu haben. Eine Ausnahme bildet Weiskalz, das von Markt verschunden ist. Sulfidulfsulfat war für die meisten Handelsstoffe nicht mehr erhältlich. Um die heimische Erzeugung zu steigern und die deutsche Konkurrenz, besonders das deutsche Apitrimonopol nach dem Krieg zu brechen, ist im Parlament der Entwurf zu einem neuen Patent- und Warenzeichengesetz eingebracht worden, der aber in den Kreisen der englischen Handelskammer auf besten Widerspruch stößt.

Keine deutschen, sondern englische Minen.

Berlin, 16. Mai. (W.T.B. Amtlich.) In den letzten Tagen sind in der schwedischen Presse verschiedentlich Unfälle durch Minen im Kattegat gemeldet worden, denen auch neutrale Fischerboote zum Opfer gefallen sind. Die englische Admiralität teilte dazu amtlich mit, daß von englischer Seite im Kattegat und Skagerrak keine für die Handelschiffahrt gefährlichen Minen angelegt worden seien und schrieb diese den Deutschen und ihrer gewohnten Verachtung für die Interessen der Neutralen zu. Demgegenüber wird auf die zahlreichen schwedischen Mitteilungen hingewiesen, daß die heimlich im Kattegat gesunkenen sogar innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer festgestellten Minen unzweifelhaft englischen Ursprungs waren. Eine weitere Förderung dieser englischen Heuchelei erübrigt sich.

Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 17. Mai. (W.T.B.) Amtlicher Seeresbericht von gestern. Mazedonische Front: In mehreren Stellen der Front, besonders westlich des Oxrida-See, verläufte sich die Feindaktivität auf beiden Seiten. Eine starke französische Patrouille, die gegen unsere Minen im Eumbytal vorrückte, wurde durch Feuer getötet. Ostlich von Bardar versuchte eine englische Kompanie dreimal, sich unseren vorgeschobenen Posten bei dem Dorfe Maschlowo zu nähern, wurde aber blutig abgewiesen. In der Ebene vor unseren Stellungen im Nordwesten von Serres Patrouillengefechte. Im Bardartal lebhaft feindliche Fliegeraktivität.

Türkischer Kriegsbericht.

Konstantinopel, 16. Mai. (W.T.B.) Amtlicher Seeresbericht von gestern. Palästinafront: Auf dem Orlordanufer wurde feindliche Aufklärungsabteilungen betrieben. Unsere Flieger griffen Nebellager erfolgreich mit Bomben an. Mesopotamien: Gegen unsere Schiffe und am Tigris vorrückende feindliche Konzentrationen wurden von unserer Artillerie abgewiesen. In Gegen Aitun-Ardu schloß Hauptmann Schöb, der Führer der hier unter den schwierigsten Verhältnissen kämpfenden kampferprobten deutschen Flieger, aus einem feindlichen Flugzeugschwader einen Bombenbomber ab und erlangte hiermit seinen zehnten Aufschlag, davon zwei im Fra.

Verstärkte Angriffe gegen Brattianu.

Berlin, 17. Mai. (W.T.B.) Wie dem Berliner Sozialdemokraten aus dem Haag mitgeteilt wird, veröffentlicht die englische Zeitschrift Tablet einen Bericht über eine Londoner Sitzung der künftigen Gesellschaft für Kunst. Auf dieser Versammlung gab der belgische Unterrichtsminister Lambolt einen Überblick über die Verluste an Kunstgegenständen, die Belgien infolge des Krieges erlitten hat. Der Redner forderte schließlich die Regierungen der Verbündeten auf, beim Friedensschluß von Deutschland Ersatz für diese Verluste zu fordern.

Zur Lage im Osten.

Verstärkte Angriffe gegen Brattianu.

Bukarest, 16. Mai. (W.T.B.) Siegel, das offizielle Blatt der Regierung Marghiomans, enthält anlässlich des Beginnes des Wahlkampfes einen scharfen Angriff auf Brattianu, wobei es auf die Abberufung der offiziösen Zeitungen Bra-

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 17. Mai. (W.T.B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Ein feindlicher Monitor beschloß Ostende und fügte der Bevölkerung erhebliche Verluste zu. An den Kampfzonen war die Feindaktivität nur in wenigen Abschnitten gesteigert. Neue Erkundungstätigkeit hielt an. Bei Abwehr härterer englischer Vorstöße nördlich der Scarpe und bei Beaumont-Hamel sowie erfolgreichen eigen-

nen Unternehmungen südlich von Arras machten wir Gefangene. An der übrigen Front nichts von Bedeutung. Gefangen wurden 18 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. Leutnant Löwenhardt errang seinen 22., Leutnant Windisch seinen 21. Luftsieg. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ein erhebender Tag.

Am gestrigen Tag begann die Zweite Kammer die Beratung des Gesetzentwurfes über die neue Fortbildungsschule. Zunächst aber gab es ein kleines Zwischenpiel. Es fehlten nämlich zur Eröffnung der Sitzung die Sekretäre, sodaß die Kammer rasch zwei Ersatzmänner bestimmen mußte, die als Protokollführer zu wirken hatten. Die Abg. Spang und Herberich wurden als „Sekretäre“ bestimmt und nahmen das Amt wahr, bis die eigentlichen Träger dieser Würde nach und nach erschienen. Dann ergreift der Berichterstatter der Schulkommission, der Abg. Rohrbach, das Wort, um seinen Bericht zu erstatten. Rohrbach ist stets ein gerngehörter Redner des Hauses. Auch jetzt verhandelt er, andernfalls Stunden lang zu sein mit der Berichterstatterung. Glaubt, das große Interesse der Hörer im Saal und auf der gut besetzten Tribüne mag vor allem der Bedeutung des Beratungsgegenstandes anzudeuten sein. Aber der klare Aufbau, die Liebe und Sachkenntnis, mit der der Berichterstatter sich seiner nicht eben leichten Aufgabe erwiderte, trugen auch ein großes Teil dazu bei. Es ist kein Zweifel, daß das neue Fortbildungsschulgesetz nicht nur einen hervorragenden Denkmahl bilden wird in der Geschichte der badischen Schulgesetzgebung, sondern daß es auch als das bedeutungsvollste Werk des jetzt tagenden Landtags bezeichnet werden muß. Die bisherige, bei Lehrern und Schülern gleich wenig beliebte Lern- und Wiederholungsschule soll abgelöst werden durch die Lebens- und Willensschule, durch die Erziehungsschule mit beruflichem Gepräge. Die neue Schule wird eine Erweiterung der Schulpflicht — bei den Knaben auf 3, bei den Mädchen auf 2 Jahre — und eine Erhöhung der Stundenzahl bringen, sie wird tief eingreifen in die Verhältnisse von Stadt und Land, sie wird aber auch, und das ist die Ueberzeugung aller, die an der Gestaltung des Gesetzes mitwirken — berufen sein, in

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 17. Mai 1918. Präsident Kopp eröffnet die 50. Sitzung um 9 Uhr. Staatsminister Freiherr v. Rodman beantwortet die kurze Anfrage der Nationalliberalen über den Aufenthalt von Gefangenen in der Wahnheilanstalt 1. Klasse in Appenweier. Der Minister stellt fest, daß es sich nur um einen einmaligen Fall handelt, für dessen Abstellung Sorge getragen ist. Finanzminister Dr. Rheinboldt legt einen Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Art. 2 des Einkommensteuergesetzes vor, entzweigt einem einstimmigen Beschluß der Budgetkommission. Ferner legt der Minister vor einen Nachtrag zum Staatsbudget für die Jahre 1918/19 und einen Gesetzentwurf zum Nachtragsetat. Der Nachtragsetat schließt mit einer Mehrausgabe von 17 773 775 M. Dazu kommt der Gesetzentwurf im Hauptetat mit 15 Mill., so daß sich eine Erhöhung des Gesamtbudgets auf 33 653 201 M. ergibt, eine Höhe, wie sie niemals in unserer Staatshandhabung vorgekommen ist. Es ist zu berücksichtigen, daß wir noch wirtschaften als Kriegszustand mit 100 Millionen Markt. Seit Beginn des Jahres haben wir daraus rund 3 Millionen ausgegeben. Unsere Finanzlage tritt damit in ein ernstes Stadium als bisher ein und erfordert unsere volle Aufmerksamkeit. Die Mehrausgabe von 17 Millionen, die den Hauptteil der Forderung bildet, die wir im Nachtragsetat stellen, bilden die Kriegszuforgemaßnahmen für Beamte, Lehrer, Geistliche. Diese Mittel haben wir für beide Jahre der Finanzperiode angefordert. Die Ausgaben für diesen Zweck betragen 18 Millionen Markt, im Ganzen rund 36 Millionen Markt. Bei einem so ungewöhnlich hohen Forderungsbetrag dürfen wir an der Deckungsfrage nicht vorbeigehen. Aus direkten Steuern dürfen wir auf eine erhebliche Mehreinnahme rechnen. Die Mehreinnahme wird aber durch die Minberechnungen aus indirekten Steuern ziemlich kompensiert. Inwiefern diese auf ein Plus von 10 Millionen Markt im Ganzen wäre eine Deckung im Betrage von rund 26 Millionen Markt vorhanden. Für den nicht unerheblichen Rest würde neue Deckung zu schaffen sein. Ich behalte mir vor, Vorschläge darüber zu machen. Diese Vorschläge werden abhängig sein von den Steuer Verhandlungen im Reichstag. Diese rufen die Gefahr eines ersten Eingriffs in unsere Steuerquellen nahe. In Aussicht zu nehmen sein eine Verringerung des Einkommensteuergesetzes und des Wertsteuergesetzes. Der Gesetzentwurf gibt ein besseres Bild, er bringt eine nicht unwesentliche Verbesserung der Verhältnisse. Ich bitte, den Nachtragsetat wohlwollend zu beraten und anzunehmen.

Die Beratung des Gesetzentwurfes betr. die allgemeine Fortbildungsschule wird fortgesetzt.

Abg. Strobel (Soz.) fordert, daß der Unterrichtsstoff der Fortbildungsschule der Praxis entnommen werde. Bezüglich der Stundenzahl habe die Kommission eine Verschlechterung der Unterrichtsverhältnisse vorgeschlagen. Die Einführung des Turnens und des Religionsunterrichts an den Schulen, an denen bereits 6 Wochenstunden gegeben werden, bedeutet eine Verfüzung der Stundenzahl. Mehr Lehrstunden lassen sich aber nicht durchführen, weil der Mittelstand und die Industrie die Arbeitskräfte der Behörde brauchen. Es ist nun auch die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule besprochen worden. Der Vertreter der Nationalliberalen hat erklärt, daß seine Partei für den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule sei, weil diese eine Fortsetzung der Volksschule sein soll, im Gegensatz zum Gesetz von 1874. Was hat sich hier seit 1874 geändert? Das Gesetz von 1874 hat die Fortbildungsschule auch die Arbeit als Fortentwicklung des in der Volksschule Gelernten zugewiesen. Wir verstehen die Haltung der Nationalliberalen nicht, sie ist eine Preisgabe der Auffassung ihrer Väter, die jenes Gesetz gemacht haben. Wir sagen, die religiöse Unterweisung ist nicht Sache des Staates, sondern der Kirche. Der Regierungsentwurf stellt sich auf denselben Standpunkt wie wir, indem er den Gemeinden freiläßt, den Religionsunterricht einzuführen. Mit der Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts durchbrechen Sie den Charakter der allgemeinen Fortbildungsschule. Man darf nicht tun, was zur Trennung des gemeinsamen Geistes führen könnte. Wenn die Freiheit oberstes Ziel ist, darf nicht für die zwangsweise Einführung des Religionsunterrichts eintreten. Die Kirchen müssen sich selbst behaupten und ihre Aufgaben lösen. Die Religion als Erziehungsfaktor wird überflüssig, ihre Kräfte werden zu schwach, um den Krieg zu verhindern. (Abg. Witte mann a n n: Weil die feindlichen Regierungen sie nicht haben aufkommen lassen.) Führt man die Religion in der Fortbildungsschule ein, so ist die Kontinuität, daß man sie auch in den Fachschulen einführt. Das Fortbildungsschulgesetz in der Form der Kommission bringt nicht das, was wir als Mindestmaß für das Gesetz halten. Der Redner begründet dann die Abänderungsanträge seiner Partei und bittet: Stellen Sie das Gesetz in der Regierungsvorlage wieder her und wir werden dafür stimmen. Nun Sie es nicht, dann werden wir es ablehnen.

Von der fortschrittlichen Volkspartei sind drei Anträge eingegangen: Die Regierungsvorlage in § 1 und § 5 Abs. 1 wiederherzustellen und bei § 13 als weiteren Paragraphen einzufügen: Zur Teilnahme an einem Religionsunterricht, welcher der Ueberzeugung eines Schülers nicht entspricht, kann der Knabe oder das Mädchen nicht angehalten werden.

Abg. Muser (F. B.): Der Gesetzentwurf war von einem liberalen Geiste getragen und brachte Fortschritt; als er aus der Kommission herauskam, konnte man das nicht mehr von ihm sagen. Mit der Forderung, daß der Religionsunterricht zwangsweise in der Fortbildungsschule eingeführt werden soll, ist ein schweres Problem in die Debatte geworfen worden. Ich kann nicht zustimmen, daß nur auf religiöser Grundlage eine sittliche Erziehung durchgeführt werden kann. Gewisse religiöse Gefühle sollen gepflegt werden. Wichtig ist ein gewisses religiöses Ergriffenheit von dem Unterförschlichen. Es ist aber nicht so, daß Religion nur in der Konfession gedeihen kann, daß sie nur in der Konfession besteht. Die sittliche Erziehung ist eine Hauptaufgabe des Staates, er muß sich darum kümmern, daß seine Bürger sittlich handeln. Es wäre nichts dagegen einzunehmen, daß die Konfessionen bei der Jugend eine religiöse Grundstimmung schaffen würden. Von diesem Standpunkt wäre nichts gegen den Religionsunterricht einzuwenden. Wogegen wir uns wenden, das ist der Zwang, diesen Unterricht auch zu besuchen. Ich bestreite, daß der Zwang der

Nach der anderthalbstündigen Rede Rohrbach und den fünfviertelstündigen Ausführungen Dr. Schöfers ließ das Interesse nach, und der folgende natl. Redner, der Abg. Wolf, vermochte es auch nicht anhaltend zu fesseln. Er wiederholte die Erklärung, daß seine Partei nach Ueberwindung politischer und technischer Bedenken der Einführung des Religionsunterrichts als Pflichtfach zustimmen werde. Dann wurde die Sitzung abgebrochen. Heute werden die kleineren Parteien ihre Stellung präzisieren — an der Annahme des Gesetzentwurfes ist nicht zu zweifeln, denn Zentrum und Nationalliberale werden ihre Zustimmung geben.

Verstärkte Angriffe gegen Brattianu.

Bukarest, 16. Mai. (W.T.B.) Siegel, das offizielle Blatt der Regierung Marghiomans, enthält anlässlich des Beginnes des Wahlkampfes einen scharfen Angriff auf Brattianu, wobei es auf die Abberufung der offiziösen Zeitungen Bra-

